

CDU-SPD Haushaltsentwurf : Die Banken kassieren weiter!



Am 17. Oktober legte die CDU-SPD-Koalition im saarländischen Landtag den Entwurf des Landeshaushaltes für 2013 vor.

Diese Koalition macht das, wofür sie zusammen gemauschelt wurde. Mit der Vorgabe, das Saarland vor der Pleite retten zu wollen, werden Sparorgien geplant und in Gang gesetzt. Die Einhaltung der so genannten Schuldenbremse ist dabei Knüppel und Totschlagargument zugleich. Die SPD hat sich der neoliberalen Fuchtel der CDU bedingungslos untergeordnet.

Die eigentlichen Verursacher der Krise und des defizitären Haushaltes werden verschont. Die Haushaltspolitik von CDU und SPD bleibt eine Politik der Umverteilung von unten nach oben. Von Umfairteilen keine Spur.

Konkrete Beispiele. Es wurde groß verkündet, dass im Bildungsbereich nichts gekürzt werde. Gleichzeitig wird dem Studentenwerk an der Saar-Uni für das nächste Jahr 1 Million Euro gestrichen. Der Elternbeitrag für die Nachmittagsbetreuung in den Ganztagschulen soll nach Plänen des Kultusministeriums drastisch erhöht werden. Geredet wird jetzt wieder über weitere Schließungen von Schulstandorten, für deren Erhalt in den letzten Jahren von Eltern und Schülern gekämpft wurde. Im öffentlichen Dienst sollen bis 2020 mindestens 2.400 Stellen vernichtet werden, das ist jeder zehnte Arbeitsplatz beim Land. Am Flughafen Saarbrücken wird jetzt ein Sparprogramm aufgelegt, das nur zulasten der Beschäftigten gehen soll. Besonders schäbig sind die Ankündigungen des Finanzministers, bei der Förderung von Behinderten größere Einsparungen vornehmen zu wollen. Das ist alles erst der Anfang.

Die Kommunen sind weiter klamm. Städte wie Saarbrücken sparen an Schwimmbädern und kulturellen Einrichtungen. Zudem schwappt die kapitalistische Krise wieder ins Land. Stellenabbau in der Automobilindustrie, drohende Kurzarbeit. Über 40 000 Menschen sind von diesem Wirtschaftszweig im Saarland abhängig. Der Landeshaushalt spiegelt in der

Strukturpolitik die absolute Hilfslosigkeit der CDU-SPD-Koalitionäre wider. Es gibt eine wirksame Initiative gegen die Kinderarmut, keine Hilfe für die Menschen, die unter dem Existenzminimum leben müssen.

Der Haushaltsentwurf ist vor allem eine Mogelpackung. Die Zahlen zeigen es: Die Verschuldung unseres Bundeslandes mit knapp 1 Mio. Einwohnern steigt von heute fast 13 Mrd. EUR bis Ende 2016 auf 15,7 Mrd. EUR. Bedient werden mit diesem Haushalt nur die Zinszahlungen an die Banken, die sich zur Zeit auf 500 Mio. EUR jährlich belaufen, im Jahr 2016 sollen es trotz Schuldenbremse 550 Mio. sein. Das Finanzkapital macht seinen Schnitt. Für die Entschuldung des Landes wird nichts getan und somit auch die drohende Pleite nicht abgewendet.

Geredet wird von den Koalitionären viel von der Verbesserung der Einnahmeseite. Aber das ist nur ablenkendes, leeres Geschwätz, um Teile der SPD-Basis und vor allem die Gewerkschaften einzulullen.

Es gibt im Bundesrat keine greifbaren Initiativen durch die saarländische Koalition, die Einnahmen durch stärkere Besteuerung der Reichen via Vermögenssteuer, Maßnahmen gegen Steuerhinterzieher, Mindestlohn usw. zu verbessern. Die SPD wird regelrecht vorgeführt, hatte sie doch getönt, dass solche Maßnahmen zur Koalitionsgrundlage gehören würden.

Den Herrschenden war es vor den Wahlen gelungen, mit dem Gespenst der drohenden Pleite Stimmung zu machen. Viele Menschen sahen deshalb in einer großen Koalition eine Alternative. Insofern hat die Koalition leider noch wenig Gegenwind. Die Sparmaßnahmen werden als Einschnitte greifbarer und spürbarer werden. Gegen einzelne Sparmaßnahmen im kommunalen Bereich gibt es bereits Protest und Widerstand.

Entscheidend wird sein, wie sich die Gewerkschaften verhalten, die sich im Öffentlichen Dienst mit massiven Arbeitsplatzverlusten auseinander zu setzen haben.

Derzeit bevorzugt die CDU-SPD-Koalition die Taktik, die Gewerkschaften in ihr Sparkonzept einzubinden. Zu diesem Zweck lädt die Ministerpräsidentin (noch) zu Kaffee und Kuchen ein. Bisher ist wenig über die Inhalte in die Öffentlichkeit gebracht worden. Warum? Soll etwa der Öffentlichkeit verborgen bleiben, wie hier massiver Druck ausgeübt wird? Kramp-Karrenbauer sorgt für die Kaffeekränzchen-Atmosphäre. Ihr Vize Maas soll den Spar-Knüppel schwingen. Diese Politik von CDU und SPD wird die Lebensbedingungen im Saarland weiter verschlechtern.

Die Gewerkschaften haben eine Entscheidung zu treffen: Entweder lassen sie sich in dieses Sparkonzept einbinden und managen den massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst mit allen negativen Folgen mit, oder sie entwickeln eigene gegen das Kaputtsparen gerichtete Alternativen und machen dafür mit ihrer gewerkschaftlichen Kraft spürbaren Druck.

Verdi, GEW und GdP fordern, dass die große Koalition Initiativen und Maßnahmen für die Einnahmeseite entwickelt und verweisen auf die im Grundgesetz verankerte Vermögenssteuer und das Recht auf gleichartige Lebensverhältnisse in allen Bundesländern. Das ist ein guter Ansatz. Wirksam wäre jetzt, wenn eigene gewerkschaftliche Alternativen zu diesem Haushalt auf den Tisch gelegt würden und worüber eine breite Diskussion entwickelt wird. Der DGB im Saarland steht hier in der Verantwortung.

Nur wer in diesen Auseinandersetzungen die Fahne für eine fortschrittliche Landespolitik, für einen radikalen Politikwechsel hochhält, wird verhindern können unter die Räder dieser

Kaputtsparpolitik zu kommen. Wer das Saarland wirklich entschulden will, muss mit einer grundlegend anderen Gesellschaftspolitik ran. Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben und dieses Bundesland nicht vor der Pleite retten.

Wir Kommunisten waren Anfang Oktober zum Auftakt der Haushaltsberatungen mit unseren Plakaten „ Stoppt die Kaputtsparer – Entschuldung jetzt – die Reichen müssen zahlen“ vor den Landtag gezogen und haben gegen die Fortsetzung der alten Politik im neuen Gewand protestiert. Ich bin sicher, dass in den nächsten Jahren nicht nur der Landtag die Adresse wachsender Proteste vieler Betroffener sein wird.

Artur Moses

Artikel aus uz vom 2.11.2012